

---

FDP im Römer

## DER MAGISTRAT MUSS ENDLICH HANDELN – FRANKFURT BRAUCHT MEHR HEBAMMEN

05.10.2018

---

„Seit über einem Jahr ist dem Magistrat bekannt, dass es in Frankfurt einen eklatanten Hebammenmangel gibt – aber passiert ist in der Familienstadt Frankfurt immer noch nichts. Das können und wollen wir nicht länger hinnehmen“ kritisiert [Yanki Pürsün](#), gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion, und ergänzt: „Deshalb fordern wir in unserem aktuellen Antrag unter anderem eine Hebammen-Servicestelle. Das Angebot soll jedoch über die Vermittlung von Hebammen hinausgehen und eine Notfallversorgung mit Sprechstunden sowie Hausbesuchen beinhalten.“ Wichtig sei auch, dass eine Hebamme während dem Wochenbett zu den Familien nach Hause komme und junge Eltern keine langen Wege zum Kinderarzt oder in eine Klinik zurücklegen müssten. Ergänzt werden solle die Servicestelle noch durch eine Internetplattform und eine aktuelle Liste aller freiberuflichen Hebammen mit ihren Angeboten. „Dies soll jedoch nur eine Übergangslösung sein. Um die Situation langfristig zu verbessern, sind viele verschiedene Schritte auf kommunaler-, landes- und auf bundespolitischer Ebene notwendig. Wir freie Demokraten beschäftigen uns in Frankfurt seit längerem mit dem Hebammenmangel und der Magistrat der Stadt Frankfurt verweist immer wieder auf den Runden Tisch Geburtshilfe – aber bisher hat dieser keine effektiven Lösungen vorzuweisen, die die Familienstadt Frankfurt für Hebammen attraktiv macht, sie unterstützt und eine dauerhafte Lösung über eine Notfallversorgung hinaus sucht. Gesundheitsdezernent Stefan Majer sollte einmal seinen Blick nach Wiesbaden schweifen lassen: Seit Mitte September gibt es dort eine Hebammen-Servicestelle mit integrierter Notfallversorgung und es gab dort bereits auch weitere Angebote, die die Hebammen unterstützt haben. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, mit welcher Verständnislosigkeit der Magistrat in Frankfurt mit dem Thema Hebammenmangel, der viele Frauen in unserer Stadt beschäftigt, umgeht. Der Beginn eines neuen Lebens muss der Politik in einer Familienstadt mehr wert sein“,

betont Yanki Pürsün.